

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Walter Nussel

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander Muthmann

Staatssekretär Roland Weigert

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes**

**hier: Schutz der bayerischen Kulturlandschaft und nachhaltige Flächennutzung  
(5-ha-Ziel) (Drs. 18/28436)**

**- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit wurde mit 32 Minuten vereinbart. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich wie immer an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich eröffne die Aussprache. Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Ludwig Hartmann das Wort.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier nun die Zweite Lesung unseres Gesetzentwurfes, mit dem wir endlich die Beton- und Asphaltflut in Bayern eindämmen möchten. Wir haben ihn deshalb wieder auf die Agenda gesetzt, weil seit dem Jahr 2012 der tägliche Flächenverbrauch in Bayern unverändert bei über 10 Hektar liegt. Das Problem des Flächenverbrauchs hier in Bayern, das müssen wir auch hier in Bayern lösen, dafür trägt weder Berlin noch Brüssel die Verantwortung.

Der gigantische Bodenverbrauch ist eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Sparsamer mit Grund und Boden umzugehen, heißt Hochwasserschutz, heißt für unsere Landwirte, wertvolle Ackerböden zu schützen. Natürlich ist das in gewisser Form auch eine soziale Herausforderung. Wie läuft es denn gerade in Bayern? – Zuerst kommt die Umgehungsstraße, kurz danach siedelt sich der erste Discounter an, und kurz darauf schließen der letzte Bäcker und der letzte Metzger im Ort. Die Entwicklung findet dann nicht mehr im Ortskern statt, sondern draußen auf der grünen Wiese.

(Widerspruch bei der CSU)

Diese Politik sieht man täglich, wenn man mit offenen Augen durch unser Land fährt.

(Tobias Reiß (CSU): Zentralist!)

Wir sehen täglich, was dort gemacht wird. Diese Politik wollen wir beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gravierende und auch das Erstaunliche daran ist, dass die CSU das bis heute nicht begreifen möchte.

(Tobias Reiß (CSU): Eine Flächendiktatur, das ist es, was ihr wollt!)

Hier geht es doch darum: Unsere Landwirte, die Tag für Tag daran arbeiten, dass wir täglich etwas zum Essen auf unserem Teller haben, die brauchen Flächen, um gesunde und gute Nahrungsmittel in Bayern anzubauen.

(Tobias Reiß (CSU): Aber ihr bekämpft doch die Landwirte! Ihr macht sie doch kaputt!)

Die Voraussetzung für die Landwirtschaft in Bayern ist, dass die Landwirte Fläche haben. Heute haben wir Mittwoch. Drei Tage der Woche sind bereits um. Damit haben wir in Bayern bereits die durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzfläche eines bayerischen Betriebes unter Beton und Asphalt verloren.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist so ein Quatsch! Es wird doch nicht alles versiegelt!)

Anders gesagt: Jede Woche hören zwei Betriebe auf, weil die Fläche verloren geht. Das ist Ihre Politik, dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle wissen, das Grundwasser bereitet den Menschen in Bayern Sorge. Wir wissen, asphaltierte, betonierte Flächen verhindern die Grundwasserneubildung. Das Wasser fließt in den nächsten Bach, in den nächsten Fluss und landet letztendlich im

Schwarzen Meer. Das ist schlecht für die Grundwasserneubildung, und das ist auch schlecht, um gescheite Hochwasserschutzmaßnahmen zu betreiben.

(Widerspruch bei der CSU)

Je mehr versiegelt ist, umso leichter entstehen Hochwässer bei Starkwetterereignissen. Das ist hinreichend bekannt. Um noch einmal zur Landwirtschaft zu kommen: Es ist doch an Verantwortungslosigkeit nicht zu überbieten, den Landwirten täglich diese große Anzahl an Flächen wegzunehmen. Sie halten uns hier aber immer wieder vor, die Bevölkerung in Bayern wächst so stark, deshalb bräuchte man diesen großen Flächenverbrauch. Interessant ist: Von 1980 bis 2019 ist die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern um 50 % gewachsen, die Bevölkerung aber nur um 20 %. Das zeigt doch, der Flächenfraß in Bayern wächst deutlich schneller als die Bevölkerung. Das zeigt, dass diese Politik von Ihnen gescheitert ist.

(Tobias Reiß (CSU): Kein Mensch stimmt eurem Gesetzentwurf zu!)

Interessant ist auch, weil der Kollege von der CSU immer meint, er hätte das Ohr so nah am Menschen,

(Tobias Reiß (CSU): Näher als die GRÜNEN auf jeden Fall!)

dass wir immer wieder Volksbegehren, Bürgerbegehren haben. Nehmen wir als Beispiel die Umgehungsstraße bei Holzkirchen im Landkreis Miesbach. Die Menschen vor Ort wissen, dass Ihre Politik, neue Straßen in die Landschaft zu fräsen, die falsche Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit ist.

(Tobias Reiß (CSU): Die Menschen vor Ort entscheiden! Nicht das Zentralkomitee der GRÜNEN entscheidet, sondern die Menschen vor Ort!)

Da sind die Menschen in Bayern deutlich weiter als Ihre Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2003 haben Sie ein ganz großes Bündnis zum Flächensparen aufs Gleis gesetzt, mit dabei die Bauindustrie, kommunale Spitzenverbände, Bauernverband, Umweltverbände. Sie haben seit 2003 Ihr Ziel nicht erreicht. Wenn man das Ziel nicht erreicht, dann muss man auch mal die Realität anerkennen und die Politik anpassen.

Genau das macht unser Gesetzentwurf: Wir geben den Kommunen die größtmögliche Freiheit in diesem Bereich.

(Tobias Reiß (CSU): Die haben sie doch!)

Wir halbieren bis 2028 den gesamten Flächenverbrauch von 10 Hektar auf 5 Hektar. Um das mal bildlich darzustellen: Wenn einer in Zukunft meint, er braucht einen weiteren Discounter, dann baut man eine Tiefgarage oder ein Parkdeck, der Drogeriemarkt kommt oben drüber, dann kommt man mit der Hälfte der Fläche aus.

(Tobias Reiß (CSU): Wohnungen brauchen wir keine mehr?)

Das wäre eine Politik, die denkt, bevor der Bagger kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Wohnungspolitik ist es ganz entscheidend, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. In den Ballungsgebieten, wo der Wohnraum Mangelware ist, geht es um Geschosswohnungsbau; der kommt mit deutlich weniger Fläche aus.

Letzter Punkt, ganz wichtig und zu unterstreichen: Wir erleben immer wieder, dass Flächen durch natürliche Gegebenheiten begrenzt sind. Nehmen wir als Beispiel die Firma Hilti bei Kaufering im Landkreis Landsberg; sie hat gewaltig erweitert. Auf der einen Seite befindet sich das Bahngleis München – Lindau, auf der anderen Seite die B 17 alt, auf der anderen Seite der Lech, dann die Wohnbebauung. Die haben die Firma deutlich erweitert und haben das geschafft, ohne dafür neue Äcker und Wiesen in Anspruch zu nehmen. Wo die Parkplätze waren, stehen heute Parkdecks mit sechs Stockwerken; auf dem frei gewordenen Parkplatz hat sich die Firma erweitert. Das ist

Politik, wie wir sie uns vorstellen. Dort wurde es umgesetzt, und zwar nicht aus reiner Überzeugung, sondern weil die Gegebenheiten andere waren.

Da kommt auch der Gesetzgeber ins Spiel, die Leitplanken so zu setzen, dass man denkt, bevor der Bagger kommt,

(Tobias Reiß (CSU): Hilti hat dort keinen Gesetzgeber gebraucht!)

und dass man etwas in die Höhe baut. Wir können uns ebenerdige Parkplätze, die großflächig betoniert sind, nicht mehr leisten. Da gibt es dann Parkdecks oder Tiefgaragen; dafür gibt es bessere Lösungen, die wir angehen wollen – im Interesse unserer Landwirte, im Interesse des Naturschutzes, im Interesse der Grundwasserneubildung.

Man muss es auch ganz einfach sagen: Bodenschutz ist Hochwasserschutz, Bodenschutz ist Klimaschutz, Bodenschutz ist Artenschutz, und Bodenschutz ist auch Schutz der Menschen. Deshalb wollen wir das Thema endlich entschlossen angehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die CSU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Walter Nussel.

**Walter Nussel (CSU):** Sehr geehrte Präsidentin, Hohes Haus! Ich glaube, einiges muss ich wieder geraderücken und versachlichen, Herr Hartmann. Sie sagen, Landwirte würden aufhören, weil sie keine Flächen mehr haben. Das ist einfach nicht die Wahrheit.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wir verlieren am Tag 10 Hektar!)

Es kann ein paar wenige geben; aber die Masse hört wohl eher wegen Ihrer Politik in Berlin auf.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage es ganz deutlich: Das Experiment "Ampel" ist gescheitert. Diese Verbotspolitik und die Deindustrialisierung, die Sie von den GRÜNEN betreiben und hier in Bayern mittragen, sind die eigentliche Katastrophe.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ihr Geschwurbel!)

Sie treiben mit Ihrer Politik Firmen aus dem Freistaat und der Bundesrepublik Deutschland.

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ihre Politik der Deindustrialisierung, mit der Sie Firmen aus dem Freistaat und der Bundesrepublik treiben, ist unser Problem.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen alles dafür tun, um die Firmen bei uns zu halten, damit wir Arbeitsplätze erhalten und, wenn es geht, auch wieder ansiedeln. Sie von den GRÜNEN sagen aber, Sie wollen die eine Firma in Landsberg nicht haben. Am Sonntag haben wir auf dem Podium gesessen; da haben Sie ganz anders geredet.

Das sind einfach die Fakten. Man muss da sachlich bleiben. Wir sind für den Wohlstand und für die Grundversorgung unserer Menschen verantwortlich.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Das geht aber anders auch! – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Dafür müssen wir Entwicklungen in Kauf nehmen.

Jetzt komme ich zum Punkt: Sie haben gesagt, Sie wollen den Kommunen Freiheiten geben.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Halbieren!)

Sie machen den Vorschlag, den Flächenverbrauch von 2.056 Kommunen zu halbieren. Wie wollen Sie das denn machen? – Ein wahnsinniger bürokratischer Aufwand. Man müsste jährlich neu berechnen, wenn neue Einwohner in eine Kommune zuziehen. Das ist aus meiner Sicht ein Bürokratiemonster. Deswegen werden wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Was machen Sie dagegen?)

Das ist eine völlig falsche Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Jürgen Mistol (GRÜNE): In Wahrheit sind Sie doch gescheitert!)

– Nein, wir sind nicht gescheitert. Es gibt einfach Ausrichtungen und Ziele, die muss man dann wieder einordnen. Sie können aber nicht sagen, zwei Millionen Menschen in zwanzig Jahren seien nicht viel.

(Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Für diese Menschen brauche ich Infrastruktur, brauche ich Schulen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was ist Ihr Vorschlag?)

– Mein Vorschlag ist, dass wir sachgerecht und maßvoll mit der Fläche umgehen. Unsere Kommunen in ihrer kommunalen Selbstverwaltung – das sind gewählte Gemeinderäte, Stadträte, Kreisräte – müssen vor Ort dafür Sorge tragen, wie sie ihre Kommune ausrichten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihr wollt denen die Verantwortung absprechen. Der Bürger wählt einen Gemeinderat, und der Gemeinderat und der Bürgermeister sollen die Kommune dementsprechend ausrichten. Natürlich gibt es Konkurrenz untereinander; die Konkurrenz ist aber auch



gut; sie hat Bayern stark gemacht. Jetzt die Flächeneinsparung über das Knie zu brechen, wie Sie es vorhaben, geht nicht. Das Ziel ist, den Flächenverbrauch zu begrenzen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Seit sieben Jahren! – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Seit 2003 funktioniert es nicht!)

Wir haben aber auch genügend Discounter und Vollsortimenter. Ich habe es hier schon einmal gesagt, da haben Sie mich auch ausgelacht: Schauen Sie sich einmal an, was die Bevölkerung seit den letzten 15 Jahren an zusätzlichen Angeboten in diesen Märkten fordert. Man braucht die Quadratmeter, um das Angebot auf diese Nachfrage auch darstellen zu können.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Das geht auch innerorts! – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das geht auch im zweiten Stockwerk! Das muss nicht ebenerdig sein!)

– Die zweiten Stockwerke hat man. Bei mir in der Stadt – ich habe es hier auch schon einmal gesagt – waren die GRÜNEN dagegen, dass man ein Parkhaus bei einer Firma dreistöckig baut. Wegen des Luftzugs durfte das nicht so hoch sein. Mittlerweile ist es weggerissen worden. Damals waren die GRÜNEN dagegen. Dann muss man das auch einmal anpassen.

Ich habe mehrere Gründe vorgetragen, warum wir den Gesetzentwurf ablehnen,

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Ich habe noch keine überzeugenden gehört!)

warum wir sachliche Politik machen, warum wir unseren Kommunen weiterhin die Verantwortung in Selbstverwaltung geben wollen. Wir setzen Rahmen und Leitplanken und auch Ziele; aber man kann nicht immer mit der Brechstange vorgehen, wie Sie es machen. Das scheitert nämlich.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Ihr seid gescheitert!)

Ihr treibt mit eurer Gängelung und all den Verboten die Firmen aus dem Land; ihr treibt auch Landwirte dahin, dass sie aufhören.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wir ermöglichen die Landwirtschaft! Wir brauchen die Flächen für die Landwirtschaft!)

Da müssen wir jetzt einfach mal gegenhalten. Gebt es doch zu: Die Ampel in Berlin ist gescheitert.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Jürgen Mistol (GRÜNE): Nur leere Worte, nichts dahinter!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Zwanziger das Wort.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Herr Kollege Nussel, ich stelle fest: Die eigenen Ziele, bei 5 Hektar Richtgröße anzukommen, haben Sie eigentlich aufgegeben, und in dieser Legislatur wird es nichts mehr mit dem Flächensparen in Bayern.

Ich möchte es an einem Beispiel konkret aufzeigen. Bei uns in der Region in Herzogenaurach steht mit der Landtagswahl – wenn man die Presse verfolgt – auch eine Abstimmung über eine Umgehungsstraße an. Die Umgehungsstraße wurde vor gut einem Jahr in einem Bürgerentscheid abgelehnt. Vor Ort gibt es jetzt einen neuen Vorstoß für eine Umgehungsstraße Niederndorf – Neuses. Der Flächenverbrauch ist abstrakt. Ich frage Sie konkret: Sind Sie für diese Umgehungsstraße? Oder sind Sie dafür, dass wir den Flächenschutz da ernst nehmen?

(Zuruf von der CSU: Macht das daheim aus!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Kollege Nussel, bitte schön.

**Walter Nussel (CSU):** Ganz kurz, Herr Zwanziger: Wenn Sie das alles verfolgt hätten, wie ich damals im Stadtrat gestimmt habe, wüssten Sie, dass ich für die sparsamste Variante gestimmt habe. Die Mehrheit hat das überstimmt, hat sich für die große Vari-

ante entschieden. Ich bin Demokrat und sage, wir brauchen eine Entlastung. Wie auch immer das im Oktober ausgeht, wenn es so ausgeht, dass die Bürger das wieder ablehnen, dann brauchen wir eine kleine Variante, die Ostspange. Das habe ich im Stadtrat vor 14 Tagen auch noch einmal dargelegt.

Wenn mir hier jemand zuruft, ich hätte keine Ahnung, dann nehme ich denjenigen gerne an die Hand. Ich habe in jedem meiner drei Berufe gearbeitet und habe Verantwortung getragen, nicht wie andere, die in Berlin und teilweise auch hier meinen, sie müssten das Wort erheben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Die nicht einmal eine abgeschlossene Berufsausbildung haben!)

Also, man sollte mit solchen Worten vorsichtig sein.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Ich glaube, die Bürgerschaft braucht jetzt eine Richtungsvorgabe mit belastbaren politischen Taten. Dafür stehen wir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Danke schön, Herr Kollege Nussel. – Als Nächster spricht der Kollege Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Franz Bergmüller (AfD):** Liebe Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GRÜNEN sind und bleiben die Partei der großen Widersprüche. Einerseits kämpfen sie gegen den vermeintlichen Flächenfraß, den sie aber durch den massenhaften Bau von Windrädern und Solarfeldern selbst stark forcieren – aber das gehört doch nicht zum Flächenfraß; das muss man ausklammern. Andererseits fordern sie weiterhin die grenzenlose und ungezügelte Zuwanderung, die ebenfalls zwangsläufig zu mehr Flächenverbrauch führen muss – wo soll man denn die Leute unterbringen?

Der Flächenverbrauch in Bayern wird von den GRÜNEN auch völlig verzerrt dargestellt. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Bayern beträgt 12 % – Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Bayern liegt damit unter dem deutschen Durchschnitt von 14 %. 88 % der Fläche in Bayern sind also gegenwärtig Wälder, Wiesen, Naturlandschaften und Gewässer.

Momentan liegt der tägliche Flächenverbrauch in Bayern tatsächlich bei etwa 10 Hektar. Diesen Verbrauch wollen die GRÜNEN bis 2028, also in knapp fünf Jahren, auf die Hälfte reduzieren. Um zu verdeutlichen, welchen Zuzug wir haben: Allein im letzten Jahr sind 150.000 Ukrainer sowie 38.700 Asylbewerber gekommen – so BR24 vor Kurzem. Berechnungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik in Fürth ergaben, dass im Jahr 2041 im Freistaat rund 13,89 Millionen Menschen leben werden – das sind 714.000 mehr als 2021. Bayerns Bevölkerung würde damit innerhalb von 20 Jahren um 5,4 % wachsen. Bayern braucht also dringend zusätzlichen Wohnraum, Krankenhäuser, Straßen, Schulen, Kindergärten, Arztpraxen, Einkaufszentren und Fabrikhallen.

Ein weiterer Treiber des Flächenverbrauchs, wie ich vorher schon erwähnt habe, ist natürlich die aus unserer Sicht realitätsfremde Energiewende. Die GRÜNEN sind der Meinung, dass Flächenverbräuche für die Schaffung von regenerativen Energien nicht in das 5-Hektar-Ziel eingerechnet werden dürfen. Eine logische Begründung dafür gibt es nicht.

Besonders realitätsfern ist auch, wie die GRÜNEN ihr Gesetz umsetzen wollen. Sie schreiben, dass im Bayerischen Landesplanungsgesetz der Flächenverbrauch schrittweise bis zum Jahr 2028 mit einer verbindlichen Mengenvorgabe auf höchstens 5 Hektar am Tag begrenzt und mit einem Mechanismus verbunden wird, der dies auch real durchsetzt. Wie sollen denn die Flächen erfasst und berechnet werden? Was passiert, wenn der Flächenverbrauch überschritten wird?

Bei uns in der Gemeinde ist in der nächsten Zeit eine große Ansiedlung im Gespräch. Ich bin echt gespannt, wie sich die GRÜNEN-Fraktion bei uns im Gemeinderat verhalten wird, wenn es um 150 bis 200 Arbeitsplätze geht. Natürlich werden Flächen verbraucht; da geht es um Tausende von Quadratmetern. Das sind die Nagelproben, auf die es ankommt.

Wie die Vorredner teilweise schon gesagt haben, brauchen wir eine aktive Flächenpolitik der Gemeinden. Es darf nicht alles über ein Schema erfolgen, indem es eine Zuweisung gibt und man mehr oder weniger Sonderkontingente beantragen könnte. Das wäre ein Bürokratiemonster, wie auch schon gesagt worden ist. Wir dürfen hier keinen Sanktionsapparat schaffen, sondern wir brauchen den freien Wettbewerb der Kommunen, um Prosperität zu schaffen. Das war immer schon die Stärke der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kommunen wissen selbst, was für die Gemeinde gut ist. Deswegen lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Dr. Leopold Herz für die FREIEN WÄHLER das Wort.

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein wichtiges Thema für heute, liebe Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, kommt in einer inzwischen schon mehrheitlich städtischen Bevölkerung sehr gut an: Flächenverbrauch reduzieren. Dazu kann zunächst keiner Nein sagen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie haben es ja geschafft: Sie haben den oberbayerischen Bauernpräsidenten schon eingefangen. Ich fürchte aber, er wird der einzige Landwirt bleiben; denn es handelt sich um eine durchsichtige Politik.

Wesentlich größere Probleme haben wir bei Aktionen, die jetzt vor allem auch aus der Region kommen – Stichwort: Die Schweinehalter werden aus dem Land verjagt, das

Fleisch kommt dann aus Spanien. Die Hühnerhalter gehen auch in andere Länder, und die Rinderhalter können sich vor zunehmender Bürokratie kaum mehr retten – Stichwort: Tierhaltungskennzeichnungsgesetz. Die deutschen Produkte werden total kontrolliert, aber die ausländischen Produkte dürfen ungehindert ins Land. Das ist eine durchsichtige Politik; die können wir nicht mittragen.

Ich will das ein wenig ausführen. Man merkt auch, dass Sie in den Gemeinde- und Kreisparlamenten nur wenig vertreten sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Im Kreistag!)

Natürlich müssen wir da gegensteuern, wenn wir den Flächenverbrauch eindämmen wollen. Wir haben vorher aber schon gehört: Wenn Sie oder Ihre Kinder zur Gemeinde gehen und sagen, wir möchten ein Häuschen bauen, die Gemeinde Ihnen dann aber sagt, tut uns leid, der Flächenverbrauch sagt Stopp, möchte ich sehen, was Sie dann tun und sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, das ist zu durchsichtig.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Ich will ein weiteres Beispiel bringen. – Übrigens, Kollege Ludwig Hartmann, ist auch ein Problem, dass in diesem Parlament zu viele über Themen sprechen, die zu den Themen keinen Hintergrund haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist das nächste Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Ich maße mir nicht an, hier über Computertechnik zu referieren, weil ich davon keine Ahnung habe. Ähnlich ist es bei diesem Thema, das gerade Sie jetzt vortragen.

Ich will ein weiteres Beispiel bringen, an dem wir sehen, dass Vor- und Nachteile abzuwägen sind. Mein Sohn hat in den letzten Jahren einen Laufstall für seine Rinder gebaut. Sie wollen ja auch den Rinderhaltern mit Kombihaltung den Garaus machen. Ich glaube, das ist nachdenkenswert. Auch das ist Flächenverbrauch. Wenn man vom bisherigen Anbindestall zum neuen Laufstall wechselt, ist für immer und ewig das 5-, 6-, 7-Fache an Fläche zugestrichelt. Man sollte sich also durch den Kopf gehen lassen, dass alles Vor- und Nachteile mit sich bringt. Wir können das eine verdammen, aber das andere ist nicht nur toll. Bitte beziehen Sie das auch einmal in Ihre Überlegungen ein.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sie wollen das Vieh in ganzjähriger Haltung anbinden! Ganzjährige Anbindung! Das ist doch Ihre Politik!)

Ich komme zum Abschluss. In diesem Gesetzentwurf sind keine konkreten Vorschläge enthalten, außer – darüber sind wir uns natürlich einig – dass wir die Besitzer anregen sollten, alte Gebäude auszubauen, um den Flächenverbrauch einzudämmen. Das Ganze aber stur auf 5 Hektar festlegen zu wollen,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ist doch Ihr Ziel!)

ist eine theoretische Politik, die wir den Menschen in unserem Land nicht zumuten können.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verlasse jetzt nach 15 Jahren das Haus. Ich wünsche den Kollegen, die wieder kandidieren, viel Erfolg, und ich würde mich freuen, wenn ich viele altbekannte und auch neue Gesichter zu gegebener Zeit in diesem Hohen Hause wieder begrüßen könnte. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank. Auch für Ihre weitere Lebensphase alles Gute.  
– Als Nächster erteile ich der Kollegin Karl, die schon hier steht, für die SPD-Fraktion das Wort.

**Annette Karl (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Da dies nach 15 Jahren meine letzte Rede hier im Hohen Haus ist, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich bei den Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien ganz herzlich für das konstruktive Miteinander zu bedanken. Wir haben in der Sache oft hart miteinander gerungen, aber ich meine, uns eint doch die gemeinsame Verpflichtung auf das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Bayern.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nun zum Gesetzentwurf. Wir haben ihn in der Ersten Lesung und im Wirtschaftsausschuss bereits ausführlich debattiert und diskutiert. Die Umwandlung unberührter Natur und Landschaft in Siedlungs- und Verkehrsflächen nimmt tatsächlich immer mehr zu und führt aufgrund der Versiegelung der Böden auch zu Problemen. Was sind die Ursachen? – Die Ursachen sind zunehmende Einwohnerzahlen, verändertes Wohnverhalten, höhere Bedarfe für den Wohnungsbau, aber auch für den Ausbau erneuerbarer Energien und den Ausbau von Fahrradwegen.

Wir alle sind uns einig: Es muss etwas geschehen. – Die Frage ist nur: Was? Was uns in dieser wichtigen Debatte sicherlich nicht weiterhilft, sind die Plattitüden aus der Wahlkampfrhetorik. Flächen werden nicht "gefressen", und Beton "flutet" auch nicht durch die Gegend, es sei denn, der Betonmischer ist umgefallen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Vorschlag der GRÜNEN – Aufteilung eines landesweiten Flächenbudgets von 5 Hektar pro Tag bis hinunter auf die einzelnen Gemeinden auf der Grundlage eines degressiven Bevölkerungsmodells mit Ausnahmen



für überregionale Infrastrukturprojekte – ist unserer Meinung nach nicht zielführend. Der Gesetzentwurf wird genau dort merkwürdig unscharf, wo es darum geht, wie dieses degressive Modell denn nun genau aussehen soll. Das soll dann die jeweilige Staatsregierung unter der Vorgabe, gleichzeitig gleichwertige Lebensverhältnisse zu erhalten bzw. zu fördern, quasi ausknobeln.

Genau hier liegt das Problem: Ein starres Rechenmodell soll die unterschiedlichen individuellen Bedürfnisse aller über 2.000 Kommunen in Bayern beim Ausbau der erneuerbaren Energien, beim Naturschutz, beim Wohnungsbau usw. angemessen berücksichtigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wäre extrem kleinteilig, kaum gerecht hinzubekommen und zöge einen extremen Wust an Bürokratie nach sich.

Laut Entwurf soll zwischen den Kommunen, auch wenn sie nur einige Hektar hin- und herschieben wollen, um möglicherweise einen Kindergarten zu bauen, jedes Mal ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen werden. Ich kann nur sagen: Unsere Verwaltungsbeamten haben schon so genug zu tun.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es noch einmal eindeutig: Die Idee, dass reiche Kommunen armen Kommunen Flächenbudgets abkaufen können, stammt aus der neoliberalen Mottenkiste und sollte ganz schnell wieder dorthin verschwinden. Flächenkapitalismus verschärft die Unterschiede zwischen armen und reichen Kommunen, statt sie zu nivellieren – ganz im Gegenteil.

Wir, die SPD-Fraktion, möchten deshalb eine Lösung der Problematik auf der Ebene der Regionalen Planungsverbände ermöglichen. Diese umfassen größere Bereiche. Bei der Windkraft wird dieser Versuch jetzt gemacht; die Gemeinden können sich untereinander abstimmen und gemeinsame Entwicklungskonzepte aufstellen. Das ist für uns der richtige Weg.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist von der Zielstellung her richtig, in der Ausführung aber schlecht. Deshalb müssen wir uns dazu leider enthalten. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Liebe Frau Karl, auch ich wünsche Ihnen für den neuen Lebensabschnitt alles Gute. 15 Jahre – genauso viel wie bei dem Kollegen Herz – sind eine lange Zeit.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Nun spricht Herr Kollege Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion.

**Alexander Muthmann (FDP):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Leopold, alles Gute! Liebe Annette, du kannst ja über die Themen und die Probleme des ländlichen Raums dann in Berlin weiter diskutieren. Viel Freude dabei und bei allem, was du sonst so machst!

Liebe Kollegen der GRÜNEN, ich habe schon in der Ersten Lesung, aber auch dann im Ausschuss auf eine ganze Reihe von kritischen Punkten und Verbesserungsbedarf hingewiesen; aber nichts ist passiert. Ich will es noch einmal stakkatomäßig aufzählen:

Es beginnt schon bei der Wortwahl, die auch Annette Karl in Erinnerung gebracht hat. "Ungezügelter Flächenfraß" ist schon rein stimmungsmäßig ein Einstieg, der dem Problem nicht gerecht wird, weil wir aus dieser Debatte den Schaum herausnehmen müssen.

In der Debatte geht es im Kern um eine sachgerechte und zeitgemäße Flächennutzung unter Beachtung der verschiedenen Ansprüche und Herausforderungen, die wir in einem wachsenden Freistaat zu bewältigen haben. Dabei ist es gar nicht hilfreich, wenn die Zahlen, Daten, Fakten nicht stimmen. Darauf ist schon in der Ersten Lesung

hingewiesen worden, ohne dass vonseiten der Einbringer daraufhin irgendetwas passiert wäre. In der Begründung ist von einem täglichen Flächenverbrauch – richtig müsste es "Flächenumnutzung" heißen – von 12 Hektar die Rede, obwohl im relevanten Zeitraum in Bayern laut Statistik nur 10,3 Hektar umgenutzt wurden.

Dann wollen Sie laut Ihrem Konzept die Flächen, die für die Energieversorgung oder als Ausgleichsflächen in Anspruch genommen werden, auch noch in Abzug bringen. Das ist aber nicht berechnet worden. Es ist aber notwendig, erst einmal den Status quo, das heißt den derzeitigen Stand der Dinge, richtig darzustellen, um eine geeignete Diskussionsgrundlage zu haben.

Völlig ungelöst bleibt auch die Frage, wie das mit dem 35-prozentigen Vorwegabzug funktionieren soll, das heißt, wo er zum Einsatz kommen soll. Die Zielstellung gleichwertiger Lebensbedingungen ist nach wie vor eine wichtige, ja eine zentrale, übrigens auch eine verfassungsrechtlich relevante. Wir können nicht einfach vorweg 35 % abziehen, ohne zu sagen, wo diese Flächen hingehen sollen.

Dass das alles ein Bürokratiemonster wäre, auch bezüglich des Flächenhandels, hat Ihnen Kollegin Annette Karl zu Recht vorgehalten.

Ich habe Sie schon in der Ersten Lesung gefragt, wie Sie es denn mit Konstellationen halten wollen, die wir in Ottobrunn beobachten. Diese Gemeinde mit etwas mehr als 22.000 Einwohnern hat keine freie grüne landwirtschaftliche Außenbereichsfläche mehr. Soll Ottobrunn auch noch einmal weitere Flächen zugewiesen bekommen? Das Einzige, was diese Gemeinde damit machen könnte, wäre, sie auf dem Markt zu Höchstpreisen zu verhökern. Oder sollen die Flächen denen angeboten werden, die sie dringend brauchen? Auch darauf kommt von Ihnen nicht der Hauch einer Antwort. Das ist ein weiterer Punkt, der deutlich macht, wie schwierig das alles ist.

Es geht doch an dieser Stelle um Orientierungswerte – das haben wir schon einmal vorgeschlagen – und vor allem um eine Vielzahl an praktischen, pragmatischen Lösungen. Die erleichterte Überbauung schon genutzter Flächen ist ein zentraler Punkt.

Was machen wir mit den vielen Parkplätzen? Können diese denn nicht überbaut werden, und zwar nicht nur mit PV-Anlagen, sondern auch mit Gebäuden für die gewerbliche oder die wohnliche Nutzung?

All diese Fragen sind offengeblieben. Eine brauchbare Lösung, um unser gemeinsames Ziel zu bewältigen, –

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Alexander Muthmann (FDP):** – stellt dieser Gesetzentwurf nicht dar. Deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Abschließend in dieser Debatte spricht Herr Staatssekretär Roland Weigert.

**Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuschauer, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Muthmann hat auf die Stichhaltigkeit der Argumente der Vorredner bereits Bezug genommen. Deshalb kann ich mich sehr, sehr kurz halten.

Die strikte Regelung von Obergrenzen für die Neuinanspruchnahme von Flächen und auch die planwirtschaftliche Flächenzuteilung an die Gemeinden sind abzulehnen. Viele Argumente sind genannt worden. Ich will insbesondere auf das, was Walter Nussel gesagt hat, Bezug nehmen, die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung. Wir sind der Meinung, dass die vorgeschlagene Regelung aller Wahrscheinlichkeit nach ein erheblicher Verstoß gegen die kommunale Selbstverwaltung wäre.

Meine Damen und Herren, wer die kommunale Selbstverwaltung kennt, der weiß: Das ist eine der zentralen Erfolgsgeschichten, die dazu beigetragen haben, dass Bayern zu dem geworden ist, was es heute ist. Warum ist die kommunale Selbstverwaltung

eine Erfolgsgeschichte? – Weil die Verantwortungsträger vor Ort – die Bürgermeisterinnen, die Bürgermeister, die Gemeinderätinnen, die Gemeinderäte, auch die Verantwortungsträger in den bereits angesprochenen Regionalen Planungsverbänden – Antworten entsprechend den Gegebenheiten vor Ort suchen und diese auch in eigener Verantwortung vertreten. Darauf bauen unsere Demokratie und unser Erfolg in Bayern auf. Herr Hartmann, das, was Sie gefordert haben, liefe auf eine Entmündigung der kommunalen Verantwortungsträger hinaus. Die Entwicklung wäre abhängig von grünen Gnaden; so möchte ich es an dieser Stelle sagen. Das ist nicht die Zukunft.

Da Sie vorhin gefragt haben: "Was ist der Plan?", antworte ich Ihnen: Der Plan ist sicherlich nicht Planwirtschaft; denn diese ist nichts. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ludwig Hartmann (GRÜNE):  
Also planlos weiterbetonieren?)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/28436 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD sowie die Kollegen Bayerbach (fraktionslos) und Klingen (fraktionslos) sowie Herr Kollege Busch (fraktionslos). Enthaltungen! – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich auf der Besuchertribüne eine ehemalige Bundesministerin herzlich begrüßen: Anja Karliczek ist heute bei uns zu Gast. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)